

Und nun?

Nach den rassistischen Brandanschlägen von Mölln, Solingen und Rostock-Lichtenhagen gab es Lichterketten und vor einigen Jahren hießen viele Menschen Geflüchtete willkommen und trotzdem haben wir heute die AfD in den Parlamenten und einen law-and-order-Bundeskanzler. Wenn die Proteste nicht genauso verpuffen sollen wie damals muss Antirassismus und Antifaschismus mehr werden als alle paar Jahre auf eine Demo zu gehen um sich auf der richtigen Seite zu fühlen.

Und deshalb bitten wir euch:

- ✘ Widerspricht, wenn Menschen behaupten, Europa könnte niemanden mehr aufnehmen.
- ✘ Widerspricht, wenn sie behaupten Arbeitslose seien faul und sollten nicht vom Staat finanziert werden.
- ✘ Widerspricht, wenn härtere Strafen gefordert werden.
- ✘ Widerspricht, wenn wer Frauen an den Herd schicken oder queere Menschen als krank abstempeln will.
- ✘ Widerspricht verkürzten Erklärungen, die komplexe Probleme der Schuld einer kleinen Gruppe zuschieben.

Wenn ihr das am Arbeitsplatz, im Sportverein, in der Familie oder unter Freund*innen hört, lasst das nicht stehen, sondern mischt euch ein, auch wenn es unangenehm ist und Diskussionen erfordert. Zeigt, dass solche Positionen nicht akzeptabel sind. Demonstrieren allein gegen Rechts lässt rechte Einstellungen nicht verschwinden. Organisiert Proteste gegen rechte Politik, egal ob von der AfD, Burschenschaften, Werteunion, SPD oder Grünen. Versteckt euch nicht hinter tausenden, sondern geht auch auf die Straße, wenn ihr nur zu fünft seid!



Wir demonstrieren gerne mit euch gegen die AfD.



ABER:

Die AfD ist nur Teil des Problems.

Wenn die AfD keine Regierungsmacht bekommt, aber die anderen Parteien rechte Politik machen, haben die Rechten doch gewonnen.

Und genau das beobachten wir gerade.

Abschiebungen

Der Plan der AfD ist zu definieren, wer nicht deutsch genug ist und abgeschoben gehört. Aber es ist jetzt schon Realität, dass wer nicht deutsch genug ist, abgeschoben wird. So wurden im Jahr 2023 über 16000 Menschen abgeschoben, durchschnittlich also 45 am Tag. Ist der Skandal, dass das jetzt noch mehr Menschen betrifft oder sind nicht vielmehr die alltäglichen Abschiebungen der Skandal?

Letzten Endes stimmten auch die Grünen in Schleswig-Holstein zu, das Abschiebegefängnis in Glückstadt zu bauen, in dem Menschen aller Geschlechter und Altersgruppen eingesperrt werden, nicht weil sie eine Straftat begangen haben, sondern um ihre Abschiebung zu sichern.

Und ist es wirklich besser, wenn gar nicht erst abgeschoben wird, weil die Asylverfahren einfach in andere Länder ausgelagert werden und die Menschen an den hochgerüsteten Außengrenzen sterben? Denn genau darauf zielen aktuelle Gesetze wie das GEAS-Abkommen oder die Gesetze, welche die Unterstützung von Geflüchteten an den Grenzen als Straftaten deklarieren. Die Gesetze, die von unserer aktuellen Regierung gemacht werden.

Und ist es nicht überhaupt eine Anmaßung zu definieren, wer sich wohin bewegen darf und sich hier aufhalten darf?

Sozialpolitik

Die AfD spricht von einem Wahlrecht nur für "Leistungsträger" und möchte keine langfristige Unterstützung von Menschen, die sich nicht selbst versorgen können, praktisch also den Sozialstaat abschaffen. Aber auch die regierenden Parteien scheinen von Sozialstaat nicht allzuviel zu halten, wenn beispielsweise die HartzIV-Erhöhung nicht ansatzweise die Inflation ausglich oder aktuell das Bürgergeld gestrichen werden soll, wenn eine Arbeitsaufnahme verweigert wird. Das liefert erneut arme Menschen der Willkür der Behörden aus, denn wer entscheidet was geht oder angemessen ist? Ob noch Zeit bleibt, auf Kinder aufzupassen? Ob der Job gesundheitlich geht?

Währenddessen gehen die Reichen aus jeder Krise reicher hervor. Hinter dem mangelnden Interesse dem politisch entgegen zu wirken steckt oft eine rechte Einstellung: Die Abwertung von Menschen, die sich eben nicht selbst versorgen können - ob wegen Armut, Behinderung oder aus anderen Gründen. Konsequenz

daraus ist, dass sich auch mehr Macht bei wenigen konzentriert und die vielen anderen nicht nur Geld, sondern damit auch Mitsprachemöglichkeiten und Einfluss verlieren.

Dabei sollte es selbstverständlich sein in einem solch reichen Land wie diesem allen Menschen zumindest eine Existenzsicherung zu gewährleisten.

Sicherheit

Kriminalitätsstatistiken zeigen seit Jahren eine sinkende Kriminalität. Trotzdem werden in den letzten Jahren Sicherheitsgesetze immer mehr verschärft. Es ist üblich geworden, härtere Strafen zu fordern, ob gegen sogenannte "Clankriminalität" (ein an sich schon rassistischer Begriff, denn gemeint sind nicht die Steuerhinterzieher*innen der reichsten deutschen Familien) oder gegen die "Klimakleber" der letzten Generation. Erwiesen ist aber, dass Haftstrafen nicht zu weniger, sondern zu mehr Kriminalität führen und bestehende Probleme und Ursachen wie Armut oder Krankheit verschärfen.

Der Abbau von Menschenrechten zeigt sich auch im Bereich der inneren Sicherheit, beispielsweise an den neuen Polizeigesetzen, die es ermöglichen, Menschen rein vorbeugend einzusperren, ohne dass sie eine Straftat begangen hätten - etwas, was zu recht an anderen Staaten kritisiert wird. Daran sind alle Parteien beteiligt. Aktuell ist mit Olaf Scholz jemand Kanzler, der es befürwortete, dass Brechmittel eingesetzt wurden, um aus Verdächtigen Drogen herauszubekommen - unabhängig davon, dass das teils tödliche Konsequenzen für die Betroffenen hatte. Gegen Drogenkriminalität sollen jetzt beispielsweise in Kiel auch Elektroschockgeräte eingesetzt werden - auch das sind immer wieder tödliche Waffen.

In die Mühlen dieser Sicherheitsapparate kann zufällig oder willkürlich jede Person geraten. Wenn Beschuldigtenrechte abgebaut werden, sind das unser aller Rechte die verschwinden. Deshalb finden wir es schwierig, mit Politiker*innen, die für all das mitverantwortlich sind, zusammen gegen rechts zu demonstrieren.

Der Wunsch alles unter Kontrolle zu haben, autoritär durchzuregieren - auch das ist rechte Politik!

